**Dr. Christos Pantazis, MdB**
*Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis 50 | Braunschweig*
*Gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion*

# Pressemitteilung

**Dr. Pantazis zur Zuckersteuer:**

*„Über die Ausgestaltung können wir reden – über den vereinbarten Kompromiss nicht"*

Berlin, 01.10.2026

**Dr. Christos Pantazis, MdB**
*Abgeordneter für Braunschweig*
*Gesundheitspolitischer Sprecher*

**Berliner Büro:**
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: +49 30 227 78040

**Wahlkreisbüro:**
Schloßstraße 8
38100 Braunschweig
Tel.: +49 531 4809 822

christos.pantazis@bundestag.de
www.christos-pantazis.de

Zur aktuellen Debatte über den Entwurf des Bundesfinanzministeriums für eine Zuckergetränkesteuer erklärt der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Christos Pantazis MdB:

„Die Einführung einer Zuckersteuer ist Bestandteil des gemeinsam gefundenen Kompromisses zur Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Dieser Kompromiss steht. Über die konkrete Ausgestaltung können und müssen wir sprechen – über die Einführung der Zuckersteuer selbst nicht.

Nach aktuellen Medienberichten hat das Bundeskanzleramt den vom Bundesfinanzministerium vorgelegten Entwurf zunächst angehalten. Aus Regierungskreisen wird darauf verwiesen, dass dieser in seiner gegenwärtigen Form vom Vorschlag der FinanzKommission Gesundheit abweiche und innerhalb der Bundesregierung nicht mehrheitsfähig sei. Der BMF-Entwurf sieht unter anderem drei Steuerstufen sowie einen Steuerbeginn zum 1. Juli 2027 vor.

Wenn der vorliegende Entwurf in einzelnen Punkten über den gefundenen Kompromiss hinausgeht, dann muss er entsprechend angepasst werden. Das betrifft insbesondere die Zahl der Steuerstufen, die Einbeziehung von Sirupen und Konzentraten sowie den vorgesehenen Beginn zum 1. Juli 2027. Diese Fragen sind lösbar und rechtfertigen aus meiner Sicht nicht, das vereinbarte Instrument grundsätzlich infrage zu stellen.

Für mich als Gesundheitspolitiker ist dabei entscheidend: Die Zuckersteuer ist nicht allein ein Instrument zur Einnahmeerzielung. Sie soll ausdrücklich eine Lenkungswirkung entfalten. Hersteller sollen einen wirtschaftlichen Anreiz erhalten, den Zuckergehalt ihrer Getränke zu reduzieren und ihre Produkte zu reformulieren. Genau deshalb waren in unseren damaligen Berechnungen für 2027 Einnahmen von

**Dr. Christos Pantazis, MdB**

*Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis 50 | Braunschweig*
*Gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion*

rund 650 Millionen Euro und für die Folgejahre – gerade aufgrund der erwarteten Reformulierung – geringere Einnahmen von rund 450 Millionen Euro hinterlegt.

Dass die FinanzKommission Gesundheit selbst eine gestaffelte Steuer auf zuckergesüßte Erfrischungsgetränke als präventionspolitisches Instrument vorgeschlagen hat, ist in ihrem ersten Bericht dokumentiert. Der aktuelle BMF-Entwurf kalkuliert dagegen nach Medienberichten langfristig mit Einnahmen von deutlich mehr als einer Milliarde Euro jährlich.

Deshalb ist meine Erwartung klar: Wir führen den Entwurf jetzt auf den gemeinsam vereinbarten Kompromiss zurück und bringen die Zuckersteuer auf den Weg. Ein politischer Kompromiss schafft Verlässlichkeit für beide Seiten. Andere Auseinandersetzungen innerhalb der Koalition dürfen dabei keine Rolle spielen.

Gerade in der Gesundheitspolitik reden wir ständig darüber, Prävention endlich stärker zu gewichten. Dann müssen wir bereit sein, dort zu handeln, wo Prävention konkret werden kann. Eine klug ausgestaltete Zuckersteuer verbindet gesundheitspolitische Lenkungswirkung mit einem Beitrag zur Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung. An diesem Grundsatz halte ich fest.“